



# Rundbrief Aktuell

Informationen aus Berlin und dem Wahlkreis

Ausgabe 17-42/20.10.2017

## Neue soziale Marktwirtschaft

Berlin – 16.10.2017

Diese Woche startete wieder mit ersten Terminen in Berlin. Neben dem politischen Geschäft und den Vorbereitungen für Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen finden die unterschiedlichsten Runden statt, in denen Ausblicke für die nächste Legislaturperiode getätigt werden. Bei der INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ging es ebenfalls um einen Ausblick auf die Wirtschaftspolitik der nächsten 4 Jahre. Eine interessante Diskussion und phasenweise sogar eine lebhaft Auseinandersetzung lieferten sich Prof. Dr. Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft und Prof. Marcel Fratzscher vom Institut für Wirtschaftsforschung. Bei den beiden Diskutanten prallten interessante unterschiedliche Einschätzungen über die Ursache des Wahlausgangs und die Ansätze für eine neue Wirtschaftspolitik aufeinander. Während Prof. Hüther die Auffassung vertrat, dass die These vom Wahlpotential der AfD von den sozial abgehängten Bevölkerungsschichten dadurch widerlegt sei, dass in Bundesländern mit überdurchschnittlich hohen Sozialstandards auch der Wahlerfolg höher war, blieb Prof. Fratzscher bei der Aussage, dass Ursache die fehlende gesellschaftliche Teilhabe gewesen sei. Die hieraus zu ziehenden Lehren waren allerdings unzweifelhaft die Empfehlung, dass das Emp-

finden, dass aus der Arbeitskraft eine faire Vergütung bezogen werden kann, gesteigert werden muss. Allerdings ist die Methodik zur Steigerung der Einkünfte naturgemäß abhängig von der Frage, wie viel zusätzliche Ausgaben der Staat oder über die Steuern verminderte Einnahmen vertragen kann.

Auch bei allen derzeit besonders beeindruckenden Steuereinnahmen ist die Endlichkeit der Reserven relativ schnell erkennbar. Steuerpolitische Veränderungen als Wahlgewinn sind daher vom Grunde her durchaus angebracht, kommen aber in Kombination mit weiteren sozialpolitischen Maßnahmen auch an ihre Grenzen.



Übereinstimmung bestand deshalb jedenfalls in der Feststellung, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowohl den Erfolg der handelnden Unternehmen wie auch ein angemessenes Gehaltsgefüge für die Mitarbeiter im Auge behalten muss. Ein interessanter Hinweis kam insoweit von Prof. Fratzscher, ob in unserer heutigen sozialen Marktwirtschaft noch in ausreichendem Maße der Selbstverantwortungsaspekt abgebildet ist.

## Gremiensitzungen

Berlin – 17.10.2017

In der Anfangsphase einer Legislaturperiode sind die Sitzungen der Fraktionsgremien immer von besonderer Bedeutung, weil die Informationen aus erster Hand kommen.

Sowohl in der Landesgruppensitzung der Landesgruppe NRW, als auch in der Sitzung des parlamentarischen Kreises Mittelstand wie sodann auch in der Fraktionsitzung war die Frage der Vorbereitung der ersten Sondierungsrunde und der anschließenden Koalitionsgespräche beherrschendes Thema.

Erfreulich aus nordrhein-westfälischer Sicht ist auf jeden Fall die Tatsache, dass wir mit Ministerpräsident Armin Laschet, Gesundheitsminister Hermann Gröhe und Staatssekretär Jens Spahn Vertreter in die Verhandlungen schicken werden, die mit den vor allen wirtschaftspolitischen Bedürfnissen von Nordrhein-Westfalen bestens vertraut sind und auch alle über persönliche Erfahrungen verfügen, mit welcher Kommunikationsschärfe mit den zukünftigen Koalitionspartnern diskutiert werden muss.

Auch wenn dem ein oder anderen die dreiwöchige Vorbereitungs- und Wartephase etwas zu lang vorgekommen sein mag, war sie jedenfalls geeignet die Gemüter aller Beteiligten etwas abzukühlen. Das Ergebnis der Sondierungen lässt jedenfalls auf sachliche Arbeit hoffen.

## Verabschiedung Dr. Norbert Kloppenburg

Berlin - 18.10.2017



Für die weitere Arbeit in der nächsten Legislaturperiode zeichnet sich diese Woche ein Personalwechsel in meinem Arbeitsbereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung ab.

Am Mittwoch war ich Gast bei der Verabschiedung des langjährigen Vorstandsmitglieds, Dr. Norbert Kloppenburg, der fast 30 Jahre bei der KfW für den Bereich der Entwicklungsfinanzierung und dort mit einem Schwerpunkt für Afrika tätig war. Die Aufgaben der Entwicklungspolitik lassen sich noch nicht einmal ansatzweise alleine aus dem Bundeshaushalt bestreiten, auch wenn der Haushaltstitel des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der letzten Legislaturperiode um 35 % auf über 8 Mio. Euro gestiegen ist.

In seiner Verabschiedungsrede würdigte Bundesminister Dr. Gerd Müller MdB den dauerhaften und erfolgreichen Einsatz von Dr. Norbert Kloppenburg für eine intelligente

und vor allen Dingen an den politischen Grundsätzen unserer Entwicklungspolitik orientierten Finanzierungs politik. Nur durch die zusätzlichen Kredite der KfW für weltweite Entwicklungsprojekte ist es überhaupt möglich den Aufgaben erfolgreich zu begegnen.

## Kommunalpolitischer Dialog

Bergheim, 20.10.2017



Von der Übergabe des Staffelstabs und einer Vorausschau für die nächste Legislaturperiode war auch der heutige kommunalpolitische Dialog auf Einladung von RWE im Schloss Paffendorf geprägt.

Zum Ende diesen Jahres wird Matthias Hartung seinen Vorsitz im Vorstand an Dr. Frank Weigand weitergeben. Die Stimmungslage im Unternehmen ist in Ansehung der absehbaren Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen nachvollziehbarer Weise angespannt, da die Befürchtung gegeben ist, dass die in der Vergangenheit mit der alten Landesregierung NRW und dem Bund ausgehandelten Kompromisse über die Sicherheitsbereitschaft nun wieder erneut aufgerufen und zur Disposition gestellt werden.

Die Thematik des Klimaschutzes steht zurzeit natürlich auch noch unter besonderer Beobachtung, weil Anfang November in Bonn der 23.

Klimaschutzgipfel mit enormer internationaler Beteiligung stattfindet und in Verbindung damit nach den jüngsten Ankündigungen damit gerechnet werden muss, dass im Hambacher Revier erneut Klimagegner zu medienwirksamen Aktionen aufzulaufen werden.

Dies darf jedoch nichts daran ändern, dass die nationale Klimaschutzdiskussion mit größtmöglicher Versachlichung stattfinden muss und die Braunkohleverstromung nicht aus Vereinfachungsgründen als größter Buhmann und naheliegendster Lösungsmöglichkeit missbraucht wird. Wir sind insofern optimistisch, dass durch den Verhandlungsbeauftragten Armin Laschet die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten von Nordrhein-Westfalen und vor allen Dingen die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge ausführlich dargestellt werden. Ich halte es deshalb auch für eine nichtvertretbare Maßnahme, aus den unstrittigen internationalen Klimazielen mit deutscher Gründlichkeit übertriebene Alleingänge ableiten zu wollen. Die im Jahre 1990 festgelegten Gesamtziele über eine Reduktion bis 2020 waren im Übrigen keineswegs ausschließlich auf die rheinische Braunkohle fixiert sondern resultierten vor allen Dingen auch aus einer regionalen Deindustrialisierung der neuen Bundesländer mit der dort vollkommen überholten Technologie. Schaut man sich einmal auch den Vergleich in den einzelnen Bundesländern an, so wird schnell deutlich, dass der Nachholbedarf an einigen Stellen wesentlich höher ist, als in NRW. Es wird deshalb eine besondere Aufgabenstellung sein, bei allem notwendigen Einigungsbedarf und auch klimapolitischem Handlungsbedarf in diesem Bereich nicht in die Versuchung zu kommen, Symbolpolitik auf kosten unverzichtbarer Energie- und Wirtschaftsstrukturen zu machen.